

Zeuerungszulage Nr. 11: Tagung des Tarifausschusses vom 27. bis 29. Februar 1920. Seine Verhandlung über eine weitere Zeuerungszulage. Anrufung des Schlichtungsausschusses im Reichsarbetsministerium zum Beschließen. Schlichtungsprinzip am 1. März. Unter Abzug von 20% und 10% der Zeuerungszulage dem die 5 M. und mit der Maßgabe, daß die Zeuerungszulage 5 M. weniger erhalten, sind (hier schon abgerechnet) 50 M. in großen und kleinen, 45 M. in mittleren und 40 M. in kleinen Erwerbsorten zu zahlen. Zahlbar in drei Raten: 1. März, 15. März, 15. April. Abrechnung über den Verlauf der Verhandlung. Die Verhandlung des Schlichtungsprinzips durch Prinzipalvertretung in der Reichsarbetsministerium. Beschließen der Reichsarbetsministerium, Schlichtungsprinzip als verbindlich zu erklären. Darauf Anrufung des Reichsarbetsministeriums auf die Prinzipal- und in Reichsarbetsministerium, dem Schlichtungsprinzip nicht nachzugeben, da die Zeuerungszulage noch bis 31. März gültig sei. Durch Bekanntmachung des Reichsarbetsministeriums vom 8. März erfolgt Anrufung an die Beschäftigten, am nächsten Tag die Lohn nach Befehl des Schlichtungsprinzips zu fordern. Streikere die Lohn für die 7 1/2 Proz. Zeuerungszulage sein, müßte bis zu 15 Proz., geschätzt über 15 Proz. Falls von Prinzipal- und Anrufung deswegen vorgenommen würden, sofort Anrufen der zuständigen Demobilmachungsinstanzen. Dem Reichsarbetsministerium gegenüber erklären sie gemäß Verband und Gulenbergbund Annahme des Schlichtungsprinzips, Deutscher Buchdruckerverein dagegen Ablehnung. In Tagespresse beginnt Stimmungsmache gegen Beschäftigte. Reichsarbetsministerium ladet auf Veranstaltung der Regierung. Verhandlung der Parteien zum 12. März, ein um noch Verbindlichkeit herbeizuführen. In Bremen, Düsseldorf, Tübingen und Mannheim zunächst Ausbruch streikender Kassenkassen. Prinzipalpolitik erscheint wohl in kleiner Vertretung vor Reichsarbetsministerium, verhält sich jedoch ablehnend, will sogar hinter ihren ganz geringfügigen Forderungen von Fälligkeit des Schlichtungsprinzips bleiben. fordert gleichzeitige Verhängung der Ferien, Ausübung der 25 Proz. Entschädigung für Ausarbeiten und Abrechnung der Parteien, das vor 1. Juli bzw. 15. Juni eine neuen Verhandlung. Am 13. März dann Ausbruch des holländischen Streik. App. Dultsch in Berlin mit Abfertigung auf viele Orte im Reich. Darauf politischer Generallirek der Arbeiterkassen einladet, Buchdrucker, Tagespresse, wenn nicht reaktionärer Tendenz, kann meistens weiter erscheinen, jedoch Unterbrechung des Verkehrs. Am 16. März dann Abkommen Seib/Wein, daß Tagespresse sofort und voll Schlichtungsprinzip zu erfüllen haben. Die anderen Druckereien haben ab 15. März eine und zweite Reichsarbetsministerium. Die bis zu 2 1/2 Proz. Zeuerungszulage können mit 5 M. unter Schlichtungsprinzip bleiben. Keine Mehrgelungen. Tarifauschluß tritt am 10. Mai wieder zusammen.

Zeuerungszulage Nr. 12: Tagung des Tarifausschusses vom 10. bis 13. Mai 1920 in Leipzig. Neue Zeuerungszulage in fünf Klassen nach Lokalitätsgruppen, und zwar 18 M. für die 1. bis zu 2 1/2 Proz. Lokalitätsgruppe, 24 M. mit 5 und 7 1/2 Proz., 30 M. mit 10-15 Proz., 36 M. mit mehr als 15 Proz., 40 M. für Berlin und Hamburg. Zielung dieser Höhe in zwei Raten: ab 31. Mai und 5. Juni. Demnach 10 und 8 M. 12. und 12 M., 15 und 15 M., 20 und 16 M., 25 und 15 M. Mühseligkeit bis 31. August; wenn erforderlich, neue Verhandlungen zu Anfang August.

Zeuerungszulage Nr. 13: Infolge Verfalls der Gehilfenliste auf Zusammentritt des Tarifausschusses im August, weil Angelegenheiten von Verfall der Gehilfenliste eingeleitet waren, wird erst bei Erneuerung des Tarifvertrags am 1. Januar 1921 über neue Zeuerungszulage beraten bzw. deren vorläufige Verhandlung von Bonn anberaumt. Tagung des Ausschusses am 1. bis 3. November 1920 Beratungen darüber. Am 30. Oktober Unterbrechung der Verhandlungen, da wegen Nichtverbindlichkeit der Parteien von Gehilfenvertretung Reichsarbetsministerium angefordert werden muß. Informatorische Behandlung der Angelegenheit vor Begegnungen und Einigungsversuche bestehen, ohne daß Schlichtungsausschuss zusammenzutreten muß, der nur noch beschränkte Zuerkennungsbefugnisse besitzt. Darauf noch Einigung unter den Parteien, daß unter Ausnutzung einer Entscheidung nach Gehilfenverfall, nach den tatsächlichen Verhältnissen A, B und C unterzulegen wird und für die 10, 15 und 20 M. gewährt werden. Geltungsbauer bis 31. März, auf das Ende eines jeden Kalendermonats hin aber Abänderung mit vier Wochen Frist möglich. Einführung ab 1. November 1920.

Wir haben hier alles Zubehör: Erhöhung der Abrechnungen und Sonntagsarbeitsaufschläge, der Lokalitätsaufschläge, auch Einzelheiten in den Maschinenfertigerzeuerungszulagen usw., fortgelassen. Was dieses langsame und erst seit Ende 1918 schnellere und stärkere Aufsteigen an Kämpfen mit der Prinzipalpolitik alles widerspiegelt, bis am 1. November 1920 die Zeuerungszulagen für die Gehilfen über 24 Jahre den Stand von 162 M. für Verbehrate bis 235,50 M. je nach den Lokalitätsgruppen und von 154 bis 226,50 M. für Ledige, für Maschinenleiter von 166 bis 243,50 M. bzw. 158 bis 234,50 M. erreicht hatten, läßt sich gar nicht beschreiben. Daß die Prinzipalpolitik in einzelnen Städten besonders unglücklich war, ergibt sich bei den ausführlicher behandelten Nummern wohl augenfällig. Mögen gerade daraus Haupt und Glieder auf der anderen Seite die richtige Anwendung für die Zukunft ziehen, denn man ist ja doch niemals mit solchen tatsächlichen Verhältnissen durchgedrungen.

Die noblen Frankfurter Schriftgießereibesitzer

Nach einer Veröffentlichung in Nr. 147 des „Korr.“ könnte es den Anchein erwarten, als wenn die Gewährung der sogenannten Winterfürsorge als Ergänzung der zu minimal ausgefallenen Zeuerungszulage mit einem gewissen tariflichen Recht allen Kollegen, Hilfsarbeitern usw. in Frankfurt a. M. zugute gekommen wäre. Einen solchen hat die Sache jedoch dadurch, daß diese Zulage den Charakter der Freiwilligkeit trug. Obwohl sie dennoch in den Druckereien fast reiflos zur Auszahlung gelangte, glaubten ausgerechnet die kapitalstärkeren Schriftgießereibesitzer ein Recht zu haben, außer der Reihe zu tanzen und den in ihren Hausdruckereien beschäftigten Buchdruckern und Hilfsarbeitern die Auszahlung zu verweigern. Die Herren erklärten, die Auszahlung könne nicht erfolgen, weil sie im Laufe des Sommers durch das geschlossene Vorgehen der Schriftgießereiarbeiter gezwungen worden seien, den zehnprozentigen Steuerabzug bis zur tariflichen Regelung selbst zu tragen. Wie sich ein solches Verhalten mit der sonst so gern zur Schau getragenen sozialen Einsicht der Schriftgießereibesitzer verträgt, darüber mag sich die Kollegenschaft selbst ein Urteil bilden. Das Verhalten für das unsoziale Verhalten der Prinzipale kann auch dadurch nicht größer werden, daß 3.

eine dieser Firmen für jedes Kind allen in ihrem Betriebe Beschäftigten 50 M. auszahlte. Die Ledigen und die Verbehraten ohne Kinder gingen also vollständig leer aus.

Man sieht an diesem Beispiele deutlich, wie stark die Herren sich wieder fühlten. Einmal will man die Kollegen in den Hausdruckereien als Buchdrucker anziehen, dann wieder als Schriftleiter, je nachdem es für die Firmen am vorteilhaftesten erscheint. Auf dem Gebiete des technischen Könnens wird fast Unmögliches verlangt; wird aber eine dementisprechende Bezahlung verlangt, dann heißt es gewöhnlich: „Ja, was wollen Sie denn, für uns ist der Tarif maßgebend, genau wie für Sie!“ Es ist endlich an der Zeit, daß der Kollegenrat über das „soziale Verhältnis“ der Schriftgießerprinzipale die Augen geöffnet werden.

Frankfurt a. M. - Offenbach.

X-Y-Z.

Interessante Feststellungen aus der jüngsten Tarifbewegung

Das überall mit Spannung erwartete Resultat der vierwöchigen Tarifverhandlungen ließ nach Bekanntwerden desselben allenfalls die Kollegenschaft zumutreten, um Stellung dazu zu nehmen. Selbst kleinsten Mitgliedschaften geriet es zur Anerkennung, solcherart für Interesse an der uns so nahe berührenden Frage bezeugt zu haben. Man hat da über Druckerei-Verammlungsberichte gelesen, welche für viele Leser des „Korr.“ den Eindruck von Randbedeutungen gemacht haben werden. Nach dem Verammlungskalender zu urteilen, hat eine Reihe von kleineren - mitunter gar nicht so kleinen - Mitgliedschaften aber doch nicht berichtet. Das ist kein Unglück gewesen, wenn man sich vergegenwärtigt, was in diesen ereigneten Wochen alles zusammengeredet und zusammenberichtet worden ist. Manche Orte haben die Bescheidenheit anderer Mitgliedschaften in der Benutzung ihres Organs sozulagen ausgesprochen durch doppeltes Inanspruchnahme. Der Gau Oberrhein hat wohl die meisten Verammlungsberichte resp. Stellungnahmen aus dieser Zeit aufzuweisen. Die mit dem Schriftführeramt betrauten Kollegen haben schnell gearbeitet.

Wenn man nunmehr das Ganze überfliehet, dann wird es einem erst richtig klar, wie recht die Redaktion des „Korr.“ hatte, als sie am 11. November schon ermahnte, vor vorliegenden Stellungnahmen abzusehen, erst müsse der neue Tarif fertiggestellt sein; durch das geringe Ausmaß der Zeuerungszulage dürfe man sich im Urteil über das erst noch kommende Gesamtergebnis der Beratungen nicht beeinflussen lassen, das zudem ja diesmal der Urabstimmung unterliege. Am 18. November erfolgte mit einem Gehe in dem kurzen Orientierungsbild über den weiteren Verhandlungsgang eine ähnliche Vorstellung. Bei Veröffentlichung der Tarifbelle am 30. November wurde die Redaktion im Vortexte noch deutlicher. Sie rief, von feststehenden Entschlüssen in Verammlungen abzusehen, da doch jeder erst den neuen Tarif kennen lernen müsse. Angehörig der völligen Entschlußfreiheit eines jeden einzelnen bei der Urabstimmung werde die wirkliche Meinung der Kollegenschaft schon genügend zum Ausdruck kommen. Die Revolutionsfabriken könnten also unter den veränderten Umständen jetzt geschlossen werden. Beträchtet man rücksehend, wie groß trotzdem die Revolutionsfabrikation geworden ist und was dabei alles zu Tage gefördert wurde, besonders wenn eine zweimalige Stellungnahme stattfand, und sieht sich dann das Ergebnis der Urabstimmung an, also die Behandlung des Volkswillens, dann muß man der „Korr.“-Redaktion nur noch mehr recht geben. Es hätte so manches Urteil verbunden und dann abgelehnt herausgebracht werden können. Neben berechtigter Kritik sollten gebührende Anerkennung und tatsächliche Würdigung nicht so gefehlt haben. Münter ist es sogar auch zu unumwunden oder schon in ihrer Form sehrgehenden Angriffen auf unsre Vertreter oder einzelne Kollegen im besonderen gekommen. Ich will nur auf einiges aus unserm Mutterlande eingehen.

Den Reigen der Verammlungsberichte eröffneten Freiburg und Karlsruhe, und zwar handelte es sich in beiden Fällen zunächst um die Zeuerungszulage, deren ungenügende Höhe begreiflicherweise härtestens kritisiert und zurückgewiesen wurde. Dies war das gute Recht. Jedoch die von beiden Orten angenommenen und vom „Korr.“ in voller Wahrung der Meinungsfreiheit abgedruckten Resolutionsreden ehen eine Sprache, die nicht mehr schön ist. Namentlich ist es Kollege Schliebs, der gewissermaßen zum Stündenbuche dafür gemacht wird, daß nicht mehr erreicht worden ist. Eine ekelhafte Bektigung seiner „Unfähigkeit“ hat wohl Kollege Schliebs noch nie erhalten, wenn er nicht, was noch schlimmer, geradezu als Verräter an den Gehilfeninteressen angesprochen worden ist. Hierbei habe ich auch das im Auge, was außerhalb unsrer Orenzplätze gespielt hat. Seine durch derartige Resolutionsreden nicht aus der Welt zu schaffenden Verdienste solchermaßen bewertet zu werden, müßte zweifellos den ein reichliches Generationsalter für die materielle Hebung der Gehilfenchaft tätigen Geschäftsführer des Tarifamts tief schmerzen, wenn er nicht, wie vermutet werden darf, Trost fände in dem Umstande, daß den überberatenden Revolutionsfabriken eine weit überwiegende Anzahl solcher Kollegen gegenübersteht, bei denen die Vernunft noch nicht zu den Sünden gelassen ist. Aus der ganzen Aufmachung ist zu schließen, daß sowohl Ausarbeiter wie Zustimmung zu solchen Resolutionskollegen sind, deren Rabulistikmus es zweifellos erscheinen läßt, daß sie in jedem Falle des Rates, der Mithilfe, der Unterstützung entzaten können, wenn es sich darum handelt, dem Arbeitgeberum gegenüber sich durchzusetzen, diesem ihre Forderungen und Be-

dingungen zu diktiert. Und doch verlore keiner die Wette, der es darauf ankommen lassen wollte, daß unter den Revolutionsfabriken viele sich befinden, die aus eigener Kraft keine 10 M. mehr an Zeuerungszulage herausgeschlagen, ihren Wochenlohn um keine Mark erhöht und ihre Ferien um keine Stunde verlängert hatten, wenn dies nicht am grünen Tische seitens unsrer geschätzten Vertreter der Fortschrittlichkeit der Prinzipale abgekämpft worden wäre. Statt die Sache einmal von dieser Seite zu betrachten, wird von „energichem, entschlossenem Protest“, von „scharfer Verurteilung“, von „Verzehrung“ gegenüber verdienten Kollegen gesprochen und in hoher und höchster „Einwirkung“ gemacht. Und wie es von Freiburg und Karlsruhe schallte - von letzterem Ort etwas weniger schallt als von ersterem -, so hallte es wider von den nachgeborenen Berichten der kleineren Mitgliedschaften, zum Teil in denselben Worten und in denselben Satzgefüge, so daß man sogar auf den Gedanken kommen könnte, es hätten hier böse Beispiele gute Sitten verdorben.

Nun muß es merkwürdig erscheinen, daß einige Zeit nach dem Stattfinden der erwähnten Freiburger bzw. Karlsruher Verammlungen, in denen dem Kollegen Schliebs in so hoher Weise mitgespielt worden ist, wiederum Verammlungen stattfanden, in denen unter Tarifvertreter Klein (Stuttgarter) über die Berliner Verhandlungen referierte. Nach den Berichten über diese Verammlungen nahmen dieselben einen sachlichen Verlauf. Kollege Klein wird sogar im Freiburger Bericht als „bewährter Kämpfer“ angesprochen, wiewohl er, genau betrachtet, ein ebenso schlechter Kämpfer müßte wie Kollege Schliebs und durchaus verengischaltet erscheint, diesem am Galgen Gefälligkeit zu leisten. Die unterirdische Behandlung der beiden Kollegen erklärt sich lediglich daraus, daß die persönliche Anwesenheit Kleins in den gedachten Verammlungen ihn vor den Anrechnungen schützte, denen der abwesende Schliebs sich ausgesetzt sah - auch eine die Tapferkeit und Häßlichkeit der betreffenden Verammlungsmitglieder nicht gerade vorstellbar illustrierende Feststellung.

In Mannheim wurden ebenfalls die schwersten Angriffsstöße losgelassen, und es waren nicht nur die sogenannten Radikalen auf die Schanzen gestellt. Später kam dann ein Umschwung, obwohl der Gehilfenvertreter Klein kein als vorzüglich anerkannter Referat gar nicht in der Bezirksversammlung halten konnte, vielmehr es am Tage zuvor in einer Bezirksvorsteherkonferenz erlassen mußte. Nun wurde wenigstens zwischen Nicht und Schalten unterschieden und der Opposition das Konzept verdorben.

So wie bel und uns wird es noch mehrfach im ganzen Reich gewesen sein. Begrüßenswerte Ausnahmen sollen gar nicht bestritten werden. Man lerne aus den letzten Vorgängen nun endlich einmal, auch das uns nicht Passende mehr in Ruhe zu beurteilen und das dann in angemessener, vor allen Dingen unter „Korr.“ nicht so belastender Weise öffentlich zum Ausdruck zu bringen! Was damit gemeint, weil durch Referat oder durch die ebenfalls näher auskündigenden Artikel des „Korr.“ Aufklärung eintreten soll, ist es noch besser. Es braucht dann nicht fünf Wochen lang oder weht noch länger der Berammlungszeit im „Korr.“ eine Wehrtüre zu bieten, die unmöglich die Referat auf eine solche Dauer stellen kann. Alles kurz und bündig gesagt, kein näheres Eingehen auf die Referate, keine langen und nicht an Fähigkeit konkurrierenden Resolutions! Die Einführung der Urabstimmung ist unbedingt zu begrüßen; sie wird in zwei Jahren sich noch besser bewähren, weil sie für die so schwere Arbeit unsrer Vertreter ein besseres Beurteilungsmittel bildet als in der ersten Aufregung erfolgende Entschlüssen von kaum jemals allseitig beachteten Verammlungen.

Daß die letzte Zeuerungszulage ganz ungenügend gewesen ist und daß der neue Tarif allen berechtigten Erwartungen nicht entspricht, dafür unsre Unterbändler verantwortlich zu machen und nicht vielmehr, weil zutreffend, in der allgemeinen Lage und in unsern gewerblichen Verhältnissen im besondern den Grund zu suchen und zu finden, das wird heutigetags mehr denn je zur Norm. In Wahrheit aber bekundet dieses bequeme Verfahren nichts anderes als entweder Unfähigkeit zur richtigen Beurteilung einer gegebenen Situation, oder es ist der Niederlag von Strömungen in der Arbeiterschaft und auch bei den Buchdruckern, die den Kampf zwischen Kapital und Arbeit bei solchen Gelegenheiten zu einer Revolutionsaktion im kleinen machen möchten. Was dabei herauskommt, ist ihnen eierlei. Wenn es aber zu einem schlimmen Ende führt, dann werden diese Leute sich am wenigsten hinstellen wollen und die Verantwortung tragen.

Ich habe in den letzten Wochen wahrnehmen können, daß selbst in gar nicht weit voneinander liegenden Orten die Verhältnisse verschieden liegen. Hieran läßt sich erleben, wie schwer es in Wirklichkeit ist, bei tariflichen Festlegungen, namentlich in der Zeuerungszulage und in der Lokalitätsfrage, Ungleichheiten zu vermeiden. Würden derartige Momente allenfalls die nötige Beachtung finden, würden die Kollegen überall ein offenes, ungerührtes Auge für die reale Sachlage haben, dann wäre dem Arger, dem Leid und auch der gefährlichen Bekämpfung generellerer Ansichten der Boden entzogen.

Von der Dresse am.

Hg.

Das Buchgewerbe im Auslande

Schweiz. Der Kampf ist entschieden! Am 3. Januar ist die Arbeit wieder aufgenommen worden; die gute Sache der Gehilfen hat auf der ganzen Länge den Sieg davongetragen. Bei der Geldknappheit der Gehilfenchaft war ein anderer Ausgang gar nicht zu erwarten. (In Nr. 1

wurde bereits über die Entstehung des Konflikts ausführlich berichtet. Am Montag, dem 27. Dezember, trafen auf Beschluss der von der Delegiertenversammlung bestimmten zentralen Streikleitung zuerst die Sektionen Genf und St. Gallen ohne Ausrufung in Streik, die Gehilfen der Sektion Bern gingen am Morgen an ihre Arbeitsstätte, aber ohne zu arbeiten — sie verlangten die von der Vereinigung schweizerischer Buchdruckerelern abgegebene Lohn-erhöhung von 8 Fr., worauf sie dann ausgeperrt wurden. Die Forderung der Prinzipale auf Abtrünnigkeit wurde zu- schanden. Das hatte man nicht erwartet, daß die Gehilfen in solcher Geschlossenheit, Mann für Mann, auch die Nicht- verbandsmitglieder und grobenteils sogar die Lehrlinge, auf den ersten Ruf der Verbandsleitung ihre Arbeitsplätze verlassen. Ganz besonders symptomatisch war die Haltung der Sektion St. Gallen, die sonst immer als die konser- vativste im Typographenbunde bezeichnet wurde und die nunmehr, sogar als Stoßtrupp ins Feuer geschickt, die Feuerprobe glänzend bestand. Was war ein Zeichen für die Stimmung in den Strellen der Arbeiter und für die Erbitlung über die Verleppungstaktik der Prinzipale. Bereits am 29. Dezember vertriehen die Zürcher Prinzipale Verhandlungen mit den Gehilfen anzunehmen, um dort den Streik nicht zum Ausbruch kommen zu lassen; der Erfolg blieb aber aus, da die Prinzipale selbst nicht einig waren, 50 wolle 6 Fr. und 51 8 Fr. Zulage ge- währen. In den Städten Bern und St. Gallen gaben die Zeitungen zusammen je ein Nachrichtenblatt heraus, Hersteller waren die Prinzipale auf beiden Plätzen. Alle Drobmittel nutzten nichts, von der Gehilfenchaft wurde niemand abtrünnig. Natürlich lebte es nicht an Verun- salfungen und Verdächtigungen der Gehilfen, so u. a., daß dem Streik politische, kommunistische Machtselbst- zugrunde lägen. Von Gehilfenseite wurde das Publikum durch Flugblätter aufgeklärt.

Auf Ansuchen des Buchdruckervereins wurde zum 30. De- zember das Einigungsamt nach Dilen einberufen, der Buch- druckerverein hatte eine Klage auf Vertragsbruch gegen den Typographenbund eingereicht. Die Verhandlungen ge- stalteten sich sehr schwierig. Die Gehilfenvertreter bestritten den Vertragsbruch nicht, erklärten aber, daß die Prinzipale durch ihre Verleppungstaktik die Gehilfenchaft auf diesen Weg gedrängt habe, und daß die Prinzipalvertre- ter die Berufsordnung zuerst gebrochen hätten durch ihr Nichterschienen in der letzten Berufsauswahlsitzung. Zu- dem erklärten die Gehilfenvertreter, daß sie nicht gelommen seien, nur den Vertragsbruch festzustellen; wenn die Prinzipale nicht auf die Lohnfrage eingehen wollten, sei die Sitzung überhaupt zwecklos. Nach längerem Hin und Her willigten die Prinzipale ein und berieten telegraphisch ihren Zentralpräsidenten. Das Einigungsamt traf, nachdem es eine längere Erklärung der Gehilfen noch entgegengenommen, folgenden Entscheid: 1. Das Klagebegehren des Schweize- rischen Buchdruckervereins wird aufgehoben. 2. Das Einigungsamt lehnt eine Berufsunterverurteilung der Gehilfen herabsetzenden Druckerelern, Genf- und St. Gallen- und die Entschädigung der Gehilfen an die Prinzipale gemäß Art. 26 des Fabrikgesetzes ab. 3. Dagegen ist die Arbeit am Montag, dem 3. Januar, morgens, in allen betroffenen Druckerelern wieder aufzunehmen. 4. Die Gehilfenverbände als Vertragspartei werden verpflichtet, alle Maßnahmen, die gegen die Bestimmungen der Berufsordnung erlassen wurden, aufzuheben. 5. Die Gehilfenverbände sind ver- pflichtet, gemäß Art. 68 der Berufsordnung zur Anerkennung und Durchführung des Entscheides unter ihren Mitgliedern zu sorgen. Zur Begründung dieses Entscheides wird ausge- sährt: Die Niederlegung der Arbeit ohne Ausrufung bedeutet eine Verletzung der Berufsordnung. Die Klage ist daher gerechtfertigt. Das Einigungsamt ist der Auffassung, daß die gegenwärtige Lage mit den begangenen Vertragsver- letzungen durch eine Reihe von Mißverständnissen ver- schärft wurde. Eine Berufsunterverurteilung der Gehilfen und eine Entschädigung gemäß Art. 26 des Fabrik- gesetzes erscheinen daher als nicht angezigt. Eine andre Art der Sühne ist aber in der Fabrikordnung nicht vor- gesehen.

Sehr schwierig gestaltete sich die Lohnfrage. Nach- dem bis abends 10 Uhr keine Einigung erzielt werden konnte, wurde beschlossen, das schweizerische Volkswir- tschaftsdepartement in Bern um Vermittlung zu eruchen, dessen Entscheid im voraus von beiden Parteien bedingungs- los angenommen wurde. Am 31. Dezember wurden dann die Verhandlungen in Bern vor dem Volkswirtschafts- departement fortgeführt und am Abend dieses Tages fällt das letztere folgenden Entscheid: 1. Am 1. Januar 1921 wird eine allgemeine Lohnzulage gewährt entsprechend den Kategorien von Druckerelern: A 5 Fr., B 6 Fr., C 7 Fr., D 8 Fr. 2. Die in Ziffer 1 erwähnten Lohn- erhöhungen können verweigert oder entzogen werden: a) Gehilfen mit ungenügenden Leistungen, b) in Fällen, wo zwingende Gründe dies rechtfertigen (z. B. Leistungs- fähigkeit des Betriebs). Aber das Vorhandensein in der unter a) und b) genannten Ausnahmen entscheidet das Untere Schiedsgericht nach dem in Art. 118 der Berufs- ordnung vorgesehenen Verfahren. 3. Ab 1. März 1921 können die Zulagen, die über die im Alldortigen Abkommen festgesetzten Minimalhöhen hinausgehen, revidiert werden im Sinn einer Erhöhung, wenn die Lebenshaltung teurer wird, und die Herabsetzung, wenn sie sinkt (gleitende Lohn- skal). 4. Aber diese Revision wird eine interkommunale Kommission endgültig entscheiden. Die Kommission wird zusammengesetzt aus je zwei Prinzipalen, zwei Gehilfen, den beiden Obmännern des Einigungsamts und dem Ge- schäftsführer der Berufsgemeinschaft. Die Prinzipalver- einigungen der Städte Bern und St. Gallen haben be- schlossen, sich dem Entscheid unter Protest zu fügen.

Wie schon gesagt, endete der kurze Kampf in dem ver- hältnismäßig kleinen Organisationsgebiete des Schweiz-

rischen Typographenbundes mit einem vollen Siege der Gehilfen. Sein Verlauf hat gezeigt, daß die Buchdrucker, so verschiedenartig ihre Gestaltung auch sonst ist, einig und geschlossen in den Kampf zu ziehen bereit sind, wenn es gilt, einer gerechten Sache zum Siege zu verhelfen. Die übrige Arbeiterchaft erhalte die Bedeutung des Kampfes im richtigen Sinne. Der schweizerische Metallarbeiterver- band stellte, trotzdem er selbst in Kämpfe verwickelt ist, so- fort 200000 Fr. zur Verfügung.

Solland. Der niederländische Diamantarbeiter- verband, der bereits bisher schon eine große Druckerel in Amsterdam sein eigen nannte, hat diese nunmehr in ein holländisches Gewerbe in der Kutmastraat verlegt und sie mit allem neuzeitlichen Komfort ausgestattet. So daß sie als eine wahre Mutterkirche anzusprechen ist. Für die Arbeiterchaft entsteht bloß der eine Nachteil, daß sie jetzt nicht mehr wie früher mittags nach Hause gehen kann, weil die Druckerel ganz an der Peripherie der Stadt gelegen ist und die Mittagspause nicht ausreicht. Es ist aber ein großer und schöner Raum eingerichtel worden, der über diese Not hinweghilft, damit die Mittagspause nicht ausgebeht zu werden braucht.

Amerika. Vom Schriftführer der Typographia Nr. 7 in New York, dem Kollegen Waldemar Otkermann, ging uns eine Mitteilung zu, daß in letzter Zeit viele Zu- schriften von deutschen Kollegen bei ihm einlaufen, worin diese ihre Absicht kundgeben, nach Amerika auszuwandern. Im Auswanderungslustige vor Enttäufungen und Schaden zu bewahren, erucht uns der genannte deutsch- amerikanische Kollege das Folgende als Warnung der deutschen Kollegenchaft bekanntzugeben: Zunächst sei darauf aufmerksam gemacht, daß zwischen Amerika und Deutschland noch immer der Kriegszustand besteht; deutsche Einwanderer werden also nicht zugelassen. Wenn der Frieden mit Deutschland geschlossen sein wird, was wahr- scheinlich nicht vor März 1921, dem Zeitpunkt des Ein- tritts der neugewählten republikanischen Administration, zu erwarten ist, so steht damit noch nicht fest, ob Deutsche in Amerika wieder zugelassen werden. Nun zur Sache. Die Aussichten im Buchdruckgewerbe für deutsche Schrift- lehrer sind hierzulande nicht sehr rosig. Die deutschen Zeitungen in Amerika sind durch den unseligen Krieg gewaltig zurückgegangen. Die meisten mühten ihr Erhalten ein- stellen, da die Geschäftsekte so verarmt, in deutschen Zeitungen zu inferieren und die Herstellungskosten unge- heuer gestiegen waren. Die jetzt noch bestehenden haben zu tun, um sich über Wasser zu halten. Die Propaganda der Engländer hierzulande hat es fertiggebracht, daß alles Deutsche während des Krieges in Acht und Bann erklärt wurde, und dieser Zustand kann noch lange andauern. Für deutsche Schriftleher sind durchaus keine Aussichten auf Arbeit in ihrem Fach vorhanden. Es ist schwierig, selbst für hier jahrelang Anfälle, die mit den hiesigen Verhält- nissen- und der Sprache- vertraut sind. Beschäftigung, als Buchdrucker zu bekommen. Die Zeit der Kriegespropaganda in Amerika ist vorüber. In den großen Industrien werden jetzt Tausende von Arbeitern entlassen oder deren Löhne reduziert. Amerika geht mit Riesenschritten einer Krisis entgegen. Dies ist in kurzem ein Bild über die gegen- wärtigen Verhältnisse in diesem Land, und die Aussichten auf Besserung sind die denkbar schlechtesten. Deshalb möchte ich deutsche Buchdrucker warnen, hierher zu kommen. Sie würden ein kleines Vermögen für die Überfahrt opfern und jedenfalls eine große Enttäufung erleben.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Leipzig. (Schriftschneider.) Am 16. Dezember fand die letzte Mitgliederversammlung im alten Jahre statt. Der Vorsitzende gab Kenntnis von den Verhandlungen, die notwendig waren, um bei der Erledigung von Arbeits- aufträgen die Interessen der Kollegenchaft zu schützen. Gegen den Entscheid des Demobilisierungskommissars in der Angelegenheit Gieseler & Devent sind weitere Schritte zur rechtlichen Klarstellung in dieser Sache unternommen worden. Das Eruchen der Berliner Vereinigung, ihrer Resolution betreffend den letzten Lohnrevision beizutreten, lehnte die Versammlung ab, da die Leipziger Kollegen- schaft ihre diesbezüglichen Interessen in den Schriftleher- versammlungen vertritt. Scharf protestierte die Versamm- lung gegen die von der Zentralkommission erhaltene Abgabe wegen der Abhaltung einer Vorberechnung zur Regelung unrer spezialtechnischen Angelegenheiten. Es sollen Schritte unternommen werden, damit diese Vor- berechnung doch noch möglich wird. Nunmehr heißt Kol- lege Kurt Runge einen Vortrag über den Reichsstar- k, und zwar behandelte er hierbei ausschließlich legal- technische Fragen. Der Referent entlegte sich seines Auf- trags in der sachlichsten Weise. Eine rege Ansprache behandelte das Interesse der Versammlung an dem Vor- trag. Unter Hinweis auf die kommende Generalversamm- lung schloß der Vorsitzende die gutverlaufene und sehr stark behuchte Versammlung.

Mainz. (Maschinenmeister. — Situationsbericht.) Die erste Veranstaltung in der Berichtszeit bildete eine Vorklärung der Mainzleute bei Mainz-Kastell am 4. Okt. Durch Neudanken wurden die Schienenrollen- bedeu end verarbeitet, um den aufgesetzten Unterbrengen der Mainzleute gerecht zu werden. In freundlicher Weise hatte Herr Regierungsaufseher Köhr die Führung übernommen, wofür auch an dieser Stelle bestens ge- dankt sei. Dessen sachkundige Darlegungen vermittelten den Teilnehmern einen Einblick in die Technik dieses un- scheinlichen Bauwerks und seine Bedeutung für die Volkswirtschaft. — In der Versammlung vom 31. Okt sprach

Kollege Gott (Wiesbaden) über: „Belehrungsordnung und Ausbildung der Druckerelbrilge“. In dem Vortrag knüpfte sich eine anregende Aussprache. Die Behandlung der Spartenfrage auf der Nürnberg Generalversammlung des Verbandes wurde vom Vorsitzenden einer Würdigung unterzogen. Der Punkt „Technisches“ brachte einen Vor- trag über den Bogenzuführungsapparat „Augusta“ und eine Bepredung der von dem Normenausschuß für die graphische Industrie festgesetzten neuen Normalpapier- formate. — Die Versammlung vom 4. September stimmte einer Beitragerhöhung zu. Vom Bezirksverein Mainz wurde dem Maschinenmeisterklub für Fortbildungszwecke der Betrag von 50 Mk. überwiesen. Bepredungen wurde ein Rundschreiben der Zentralkommission und die tech- nischen Neuerungen: Latzhonwalzen und Stromunter- brecher für „Allendorfer“-Apparate. — In der Versammlung vom 2. Oktober sprach der Vorsitzende über die benö- tigten Tarifberatungen unter Hervorhebung der wich- tigsten Forderungen, deren Verwirklichung die Drucker bei dem Neuaufbau des Tarifs erwarten. Den von der Zentralkommission zur Verfügung gestellten Vortrag über „Schmitz“ hielt Kollege Kreiner. Der Vortrag bot eine Fülle von Anregungen und fand gute Aufnahme. In der Versammlung waren Schülerarbeiten der Mainzer Lehrbildungsakademie ausgelegt. — Am 6. November sprach Kollege Steinert (Frankfurt a. M.) über „Gegenwart und Zukunft der Notallonsmaschine“, unter besonderer Berücksichtigung dergereligen Erchelungen und Schwierig- keiten. Eine vom Kreisvorstand in Frankfurt vorgelagte Resolution, die gegen das Prämienystem in den Ma- schinenfabriken und die sich in dieser Richtung geltenden An- läge stärkstens Front macht, fand die Zustimmung der Versammlung. Kollege Tombl führte ein Verfabren zur Erzielung von Stahlstichmationen vor, das lebhaftes Interesse fand. — Am 5. Dezember fand eine gemeinsame Versammlung mit der „Mainzer Typographia“ statt. In der Kollege Spratholt (Frankfurt a. M.) über „Neuzelli- sche Arbeitsmethoden“ sprach. Der Vortragende schloß sich an der P. aris und unterließ durch gutes Anschauungs- material konnte er seine Ausführungen für Seher und Drucker gleichermaßen belebend gestalten. Erhellcher- weise kann das Interesse der Kollegen an den Sparten- befreungen ein gutes genannt werden. Möge das auch im neuen Jahre so bleiben!

Welle. Die vor anderthalb Jahren mit großer Be- geisterung ins Leben gerufene Typographische Ver- einigung ist trotz großer Bemühungen einiger klügler Kollegen um ihr Fortbestehen selb entschlagen. Auch ein Zeichen, daß die Sorge uns tägliche Brot so manchem früher reges Interesse an allem behnenden Kollegen Zeit und Lust zur beruflichen Fortbildung genommen hat. Hoffen wir, daß unsre sämtlichen biesigen Lehrlinge um- stehende Lehrbildungsabteilung, in deren Dienst sich trotz vieler Enttäufungen dieselben Kollegen, die sich um die Typographische Vereingung verdient machten, im Inter- esse der guten Sache stellen, deren aufopfernde Tätigkeit zu schätzen weiß.

(Weitere Korrespondenzen in der Beilage.)

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmenswerte Beispiele. In Augsburg be- willigte die Buchdruckerel Hier. Mühlberger dem ge- samten Personal als Weihnachtsgabe 100 Mk. für Ver- behratele, 50 Mk. den Ledigen und 20 Mk. den Lehr- lingen. — In Berlin gewährte die Buchdruckerel Walter Hillger den Gehilfen eine Weihnachtsgabe von je 100 Mk. und den Hilfsarbeitern je 75 Mk., und die Buchdruckerel Martin & Jonske 100 Mk. den Ver- behratele, 75 Mk. den Ledigen und 50 Mk. den Lehr- lingen und Hilfsarbeiterinnen. — In Goldberg (Schlesien) überreichte der Inhaber der „Goldberg-Hannauer Sei- lung“ anlässlich des 100jährigen Bestehens der Zeitung dem Personal Beträge in Höhe von 200 bis 50 Mk., ab- wärts, je nach der Dauer der Geschäftszugehörigkeit. — In Köln erbühte die Buchdruckerel M. DuMont-Schau- berg, die schon öfters unter dieser Rubrik erwähnt wurde, das gewisse Geld ihres Personals um 10 bis 30 Mk. die Woche. — In Rudolstadt gewährte die Buchdruckerel Mäntche & Tahn aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der „Rudolstädter Zeitung“ den Angestellten eine Sub- skriptionspende in Höhe von 300 Mk., ferner dem technischen und Hilfspersonal 200 Mk. für Verbehratele, 100 Mk. für Ledige und den Behrilgen je 50 Mk.; in den Genuss dieser Spende kamen über 100 Personen. — In Frank- furt a. D. zahlte die Buchdruckerel Otto Neu dem ge- samten Personal eine Weihnachtsgabe in Höhe von 60 Mk. für Ledige, 120 Mk. für Verbehratele und 30 Mk. für jedes Kind; die Lehrlinge erhielten je 50 Mk. — In Münster i. W. überreichte die Maschinenische Buchdruckerel dem Gesamtpersonal zu Weihnacht die nach Geschäfts- zugehörigkeit und Alndergalt der Verbehratele Beträge bis zu 100 Mk. — In Stolp i. P. ließ Buchdruckerel- besitzer Ziemann („Stolper Post“) den arbeitslosen Ge- hilfen am Orte eine Weihnachtsgabe von 100 Mk. zu- kommen.

Seltenswerte Buchdrucker. Ein aus der Provinz Posen stammender au-gewandelter Gehilfe sucht als Schwelger- bauer oder Seher Stellung, gleichviel wohn. Offene Stellen erbietet das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Zu den Differenzen in Düsseldorf. Zu der Notiz in Nr. 2 des „Korret.“ ist nun mitzutellen, daß in Anwesen- heit eines Vertreters des Verbandsvorstandes erneut Ver- handlungen mit der Düsseldorfener Prinzipallität stattfanden,

In denen eine Reihe noch schwebender Differenzpunkte befreit und damit die Kundschaulichkeit in Nr. 2 hinsichtlich geworden ist. Vorherige Anfragen sind jedoch, wie immer, notwendig.

Anrufung des Tarifamts zur Schlichtung der Danziger Differenzen. Wie der Berliner „Vorwärts“ am 7. Januar berichtete, hat der Schlichtungsausschuss in Danzig am vergangenen Donnerstag einen Schiedsspruch gefällt, wonach die Forderungen der Gehilfen unberechtigt und der Streik vertragswidrig seien. Die Gehilfen verweigerten die Anerkennung des Schiedsspruchs und verlangten Verhandlungen vor dem Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in Berlin. Die Unternehmer erklärten sich schließlich mit einer solchen Anrufung des Tarifamts einverstanden, worauf die diesbezüglichen Schritte eingeleitet wurden. Die Verhandlungen in Berlin sollen schon am Sonnabend voriger Woche stattgefunden haben; über deren Ausgang können wir leider noch nicht berichten, da die vorliegende Nummer vor Beendigung dieser Verhandlungen abgeschlossen werden mußte.

Arbeiterfeindliche Strömungen im Deutschen Verlegerverband. In Nr. 148 des vorjährigen Jahrganges haben wir unter vorliegender Stichmarke von Gegenströmungen im Deutschen Verlegerverband gegen ein Zusammenarbeiten dieses Verbandes mit den freien Gewerkschaften, soweit dies durch die „Alla“ (Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände) geschieht, Kenntnis gegeben. Die Geschäftsstelle des Verlegerverbandes (Düsseldorfer) ersuchte uns darauf, festzustellen, daß unsere Darstellung den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung trage, weil ihr Verband nach wie vor nur seine Geschlossenheit unter Anleitung einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung erstrebe. Auch sei es nicht zutreffend, daß die Zugehörigkeit zur Amsterdamer Internationale kein parteipolitisches Glaubensbekenntnis erfordere. Aus einer Rede des Sekretärs dieser Internationale, die dieser gelegentlich einer Vertreterversammlung der „Alla“ im November v. J. gehalten habe, geht das Gegenteil hervor. Diesen „Berichtigungen“ gegenüber möchten wir zunächst darauf verweisen, daß, wenn der Deutsche Verlegerverband einen gemeinwirtschaftlichen Aufbau der gesellschaftlichen Ordnung ohne besondere Hintergedanken oder Kaufleute privatrechtlicher Art erstrebt, dies sich sehr wohl mit den Grundsätzen der Amsterdamer Internationale verträglich; wir verweisen diesbezüglich nur auf die Ergebnisse des Londoner internationalen Gewerkschaftskongresses (Nr. 142 des „Korr.“ von 1920). Was aber der Deutsche Verlegerverband im übrigen herausstreckt, sind letzten Endes nur Wirkklammerungen, um für die Verleger innerlich der Angestelltenkreise eine unberechtigte Sonderstellung wie auch gegenüber der Arbeiterklasse im allgemeinen zu erhalten oder neu zu festigen. Wir zitieren zum Verständnis dieser Eigenbrötlei folgende Stelle aus einem Artikel, in dem unter dem Titel „Die Alla und wir“ im „Mittelwertsblatt der Geschäftsstelle Dortmund des Deutschen Verlegerverbandes“ am 8. Dezember v. J. in offizieller Weise zu den Streitfragen Stellung genommen wird: „... In wirtschaftlicher Hinsicht kann der Verleger den reinen Arbeiterstandpunkt vertreten und zur Durchführung desselben mit anderen Verbänden zusammengehen. Anders liegen aber die Verhältnisse in betriebswirtschaftlicher Beziehung, die bei den anderen Angestelltenverbänden eine ganz geringe oder gar keine Rolle spielt. Hier muß der Verleger seine Selbstständigkeit schon im Interesse der Produktion voll und ganz wahren...“ Demgegenüber müssen wir denn doch sagen, daß die Verleger solcher betriebswirtschaftlicher „Selbstständigkeit“ noch viel zu sehr im privatkapitalistischen Selbstinteresse und von einer gelunden gemeinwirtschaftlichen Ordnung entweder nur einen sehr vorkommenden oder gar keinen Begriff haben können. Solange sich Verleger noch als eine ganz besondere Klasse im Produktionsprozess und nicht nur als zusammenfallendes Glied einer Klasse, die den gesamten Produktionsprozess umspannt, betrachten, muß ihnen selbstverständlich jede gewerkschaftliche Betätigung ein Buch mit sieben Siegeln bleiben. Sie leben parteipolitische Glaubensbekenntnisse, wo es sich um ihre eignen Scheuklappen handelt. Trotzdem erkliden wir in den nunmehr in der Arbeiters- und Angestelltenpresse eingetretenen Erörterungen dieser Differenzen einen Gesundungsprozess, der hoffentlich dazu führt, daß auch die Leitung des Deutschen Verlegerverbandes einsehen lernt, daß der unheilvolle Zusammenbruch der früheren Wirtschaftsordnung nicht bloß einen Wiederaufbau, sondern einen Neuaufbau erfordert, bei dem andere Richtlinien als die privatkapitalistischen, die uns nur Not und Leid gebracht haben, maßgebend sein müssen.

Praktische Genossenschaftsarbeit. Die englische Groß-einkaufsgesellschaft der Konsumvereine hat einen großen Plan veröffentlicht, um in noch höherem Maß als bisher den Zwischenhandel auszuklaffen. 1100000 Pfund Sterling, das ist weit mehr als eine Viertelmilliarde in Mark, wurde zum Ankauf von Grund und Boden in verschiedenen Teilen Englands verwendet. Man will Rohstoffquellen erwerben und selbst herstellen, was die Konsumvereine bisher noch ankauften. Neue Schuhwarenfabriken sollen gegründet, Möbelfabriken eingerichtet, Webereien, Holzlagereien usw. erworben werden. Auf dem Vieh- und Fleischmarkt will man nunmehr direkt einkaufen. Zweihundertzig Acker Land sind von der englischen Groß-einkaufsgesellschaft in Indien und auf Ceylon zum Ankauf von Tee gekauft worden, und zwar in einem Umfang, daß mit einer Ernte von fünfzig Millionen englischen Pfund Tee gerechnet werden kann.

Der unter dem Titel „Die Alla und wir“ im „Mittelwertsblatt der Geschäftsstelle Dortmund des Deutschen Verlegerverbandes“ am 8. Dezember v. J. in offizieller Weise zu den Streitfragen Stellung genommen wird: „... In wirtschaftlicher Hinsicht kann der Verleger den reinen Arbeiterstandpunkt vertreten und zur Durchführung desselben mit anderen Verbänden zusammengehen. Anders liegen aber die Verhältnisse in betriebswirtschaftlicher Beziehung, die bei den anderen Angestelltenverbänden eine ganz geringe oder gar keine Rolle spielt. Hier muß der Verleger seine Selbstständigkeit schon im Interesse der Produktion voll und ganz wahren...“ Demgegenüber müssen wir denn doch sagen, daß die Verleger solcher betriebswirtschaftlicher „Selbstständigkeit“ noch viel zu sehr im privatkapitalistischen Selbstinteresse und von einer gelunden gemeinwirtschaftlichen Ordnung entweder nur einen sehr vorkommenden oder gar keinen Begriff haben können. Solange sich Verleger noch als eine ganz besondere Klasse im Produktionsprozess und nicht nur als zusammenfallendes Glied einer Klasse, die den gesamten Produktionsprozess umspannt, betrachten, muß ihnen selbstverständlich jede gewerkschaftliche Betätigung ein Buch mit sieben Siegeln bleiben. Sie leben parteipolitische Glaubensbekenntnisse, wo es sich um ihre eignen Scheuklappen handelt. Trotzdem erkliden wir in den nunmehr in der Arbeiters- und Angestelltenpresse eingetretenen Erörterungen dieser Differenzen einen Gesundungsprozess, der hoffentlich dazu führt, daß auch die Leitung des Deutschen Verlegerverbandes einsehen lernt, daß der unheilvolle Zusammenbruch der früheren Wirtschaftsordnung nicht bloß einen Wiederaufbau, sondern einen Neuaufbau erfordert, bei dem andere Richtlinien als die privatkapitalistischen, die uns nur Not und Leid gebracht haben, maßgebend sein müssen.

Briefkasten
M. M. in Augsburg: Mir bitten um Abgabe der Stelle, die die betreffende Ausgabe enthalten hat, lauter um näheren Aufschluß über diesen „Ordnung“, letzteres durch den Empfänger. — **E. in N.:** Von solchen Jubiläen nimmt der „Korr.“ schon seit vielen Jahren keine Notiz mehr; denn sie gehen schon in die Tausende. Wohligh die gewisse Jubiläen bestellst noch keine einseitige Mäxung; zunächst haben in Grenzfällen die Kreisämter und dann, nötigenfalls das Tarifamt zu entscheiden. Im übrigen hier wie dort. **Gröb. Grub. — M. M. in S.:** Günstige Aufnahme. — **E. M. in H.:** und andere: Gebetsbriefe gehören in die Rechtschreibberichte der Gasse. Im „Korr.“ werden sie seit Jahren schon nicht mehr veröffentlicht. — **M. S. in K.:** 8 Mk. — **D. M. in M.:** 13,50 Mk. — **E. M. in M.:** 8,50 Mk.
 Achtung! Der Vorstand der Mitgliederliste Würzburg ersucht uns, zu erklären, daß man dort nicht in einer Vermählung dem „Korr.“ vorgeworfen habe, er hätte nach den Tarifberatungen eine Schwelbung vorgenommen, die mit seiner vorherigen Stellung unvereinbar wäre; die Mitgliederliste Würzburg müßte also von den in Nr. 147 v. J. von der Redaktion deshalb gestellten vier Orten ausgenommen werden. Ein Redner in der Versammlung vom 5. Dezember (Nr. 144) habe unter allgemeiner Zustimmung lediglich erklärt, die Verhandlungen der Münchener Generalversammlung hätten nach den darüber erschienenen Berichten im „Korr.“ etwas Besseres erwarten lassen; über die Stellung des „Korr.“ sei dabei gar nichts gesagt worden. Wir bringen das zur Kenntnis mit dem Hinweis, daß eine Stelle in dem betreffenden Bericht uns zu der Annahme erlauben konnte, was sich durch den geführten Schriftwechsel mit Würzburg aber als falsch erwies hat.
 Die Redaktion.

Verbandsnachrichten
 Verbandsbüro: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
 Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Briefjahrsabschluss im Jahre 1921
 Ihre verehr. Funktionäre ersuchen wir, zu beachten, daß die einzelnen Vierteljahre des Geschäftsjahrs 1921 wie folgt abgeschlossen: das erste Vierteljahr mit 13 Wochen am 26. März,
 „ zweite „ „ 13 „ „ 25. April,
 „ dritte „ „ 14 „ „ 1. Oktober,
 „ vierte „ „ 13 „ „ 31. Dezember.
 Der V. Bandvorsorstand.

Bau Dresden. Zur Wahl des stellvertretenden Bauvorsitzers wurden 705 Stimmzettel abgegeben; ungültig 76, gesamt 781. Es erhielten die Kollegen Wilhelm Baumeister 1208 Stimmen, Max Bräuer 373 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Briefsenveränderungen
 Gummernbach, Vorsitzender: Joseph Diehl, Mühlentstraße 70; Kassierer: Willi Gofsch, Kallertstraße 19.
 Werben a. d. Aller. (Drt.) Vorsitzender: Alb. Stemann, Elber Straße 59; Kassierer: S. Appenbahl, Alferstraße 3.

Verammlungskalender
 Breslau. Stereotypen- und Galvanoplastiker-Generalsammlung Sonntag, den 23. Januar, vormittags 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Zimmer 5).
 Dresden. Stereotypen- und Galvanoplastiker-Jahreshauptversammlung Sonnabend, den 15. Januar, abends 7 Uhr, im „Synodus Gasthaus“, Kleine Plauenische Gasse 2 I. (Stierg. eine Ballege).

Tarifkreis VII (Sachsen)

Wahlen der Gehilfenkreisvertreter, Schiedsgerichtsbekannter und des Kreis- und Ortschlichtungsausschusses betreffend
 Tarifstreue Buchdruckergehilfen im Gau Leipzig, die nicht Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker sind, können Stimmzettel und Kuverts im Arbeitsnachweise für Buchdrucker, im Buchgewerbehaus zu Leipzig, Wohlstraße 1, vom 12. Januar ab entgegennehmen.
 Die Stimmzettel müssen im verschlossenen Kuvert bis spätestens 21. Januar, nachmittags 4 Uhr, beim Arbeitsnachweiseramt, Kolonnen 3 überh. abgeben werden. Alles übrige ist auf dem Stimmzettel angegeben.
 Adolf Vogels, Gehilfenvertreter.

Tarifschiedsgerichtsbezirk Essen

Freitag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, im Saale des Restaurants Kleinen-donk, Kellinghauser Straße 88:
 Versammlung der tariffreien Gehilfen des Bezirks Essen
 Tagesordnung: 1. Bericht des bisherigen Gehilfenvorstehenden, 2. Aufstellung der Mandatanten für die Ämter im Schiedsgericht, zum Arbeitsnachweis usw. 172
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist dringend nötig.
 Weitere Einladungen erfolgen nicht.
 Der Gehilfenvorstehende.

Teilschuldverschreibungen
 der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg
 Jederzeit erhältlich in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10000 Mk.
 Verzinsung im Jahre
 5 1/2 Prozent
 Gedruckte Bedingungen sind in allen Konsumvereinen zu haben oder abzufragen bei der
 Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg 1, Befenbinderhof 52.

Zur Unterstützung des Betriebsleiters

Suche ich 20-30-jährigen Buchdrucker, der ein durchaus zuverlässiger Korrektor sein muß und zum mindesten über Vorkenntnisse in der Kalkulation sowie über angenehme Umgangsformen für den gelegentlichen Verkehr mit der Geschäftswelt verfügt. Angebote mit Angabe des wohnortes, Gehaltsansprüchen und Gehaltsanforderungen an 168
 Kurt Rother, Petze i. S.

Typographen

für A- oder B-Maschine, zuverlässiger Arbeiter und guter Maschinenkennner, ferner

Korrektor

mit guter Allgemeinbildung und sachmännlichem Sinn für die Fortschrittlichkeit der Arbeit. Wegen der Schwierigkeiten geborene Oberlehrer oder im Abteilungsgebiete wohnhafte Bewerber bevorzugt.
 „Obv. schließliche Stellung“, 2 eulien (D. S. H.).

Typographen

guter Maschinenkennner, bei hoher Entlohnung in dauernder Stellung gesucht. Buchdruckerei Otto Esch, Gardelegen, v. andeburner Straße 5.

Typographen

Für unsere Zeitungsdruckerei suchen wir zum möglichst sofortigen Eintritt zwei
 „Obv. schließliche Stellung“, 2 eulien (D. S. H.).

Hamburg! Typographen

für A- und B-Maschine sofort gesucht. Dauerstellung.
 Gremmer & Sträger, Hamburg 24, Eilenstraße 15.

Typographen

In welcher Buchdruckerei kann sich 21-jähriger Schriftsetzer an der Sechsmaschine
 „Obv. schließliche Stellung“, 2 eulien (D. S. H.).

Stereotypen

suchen
 Gebr. Inger, Berlin SW 11, Bernburger Straße 30.

Dinotypesetzer

led., m. Ein- bis Dreimng. best. verit., sucht bald in Leipzig od. Nähe dauernde Stellung. Angebote an H. Weter, Markgrafstraße, Jochenauer Str. 42 I v.

Allgemeine Unterstützungs-Zuschußkasse für Buchdrucker im Gau Erzgebirge-Boigtland

(Sich Gemeinlich)
 Sonntag, den 13. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Falschhaus“, Sonnenstr.

Generalversammlung

Anträge sind bis spätestens 20. Januar an Richard Troldorff, Zeypellstr. 3, einzureichen. Der Vorstand.

Jules Bernes Werke

25 verschiedene Bde., gebunden 1, 100 Mk. Abzahlung 10 Mk. monatlich, ferner

Dumas Bestromane

8 Bde., eleg. gebunden für 100 Mk. Graf v. Monte-Christo — Totenhand — Drei Musketiere — Zwanzig Jahre nachher — Jehu Jahre später — Der Herr der Welt — Das Halsband der Königin — Joseph Balsamo.

Meiers Kleiner Atlas

in 42 Kartenblättern.
 5 Lieferungen in Zwölfenräumen von 6 Wochen zusammen 60 Mk. 176 Dieser Atlas entspricht dem heutigen Weltbild, daher für jeden unentbehrlich.
 Abzahlung 6 Mk. monatlich gestaffelt.
 C. S. Otto & Co., Berlin-Niedertierfelde.

Kollegen erhalten den Vertrieb

gerner gehauener Gebrauchsgüter. Guter Verdienst, Anleitung und Unterstützung gegen 20 Mk. von H. Grottel, Leipzig-Eislerstr., Arnoldstraße 9, 130

Joseph Kollmann

Typographisch-maschinenf. wo schick Du? Gib sofort Nachricht Deinem Freunde Otto Mayer, „Erdbeer“, Mannheim.

Ewald Snapper

Am 5. Januar wurde uns plötzlich über Kollege, der Maschinenf. 71

Ewald Snapper

durch den Tod aus untrer Mitte gerufen. Sein bleibender und wohlthätig kollegialer Charakter sichert ihm ein dauerndes Andenken auch über das Grab hinaus.
 Die Kollegen des „Magdeburger Generalanzeigers“.

Ewald Snapper

plötzlich und unerwartet verstarb am 5. Januar unser lieber Freund und Kollege, der Maschinenf. 170

Ewald Snapper

aus 58. J. im 52. Lebensjahre. In seiner dreißigjährigen Mitgliedschaft hat er es verstanden, sich die Liebe und Achtung seiner Kollegen zu erwerben und sich dadurch ein dauerndes Andenken auch über das Grab hinaus gesichert.
 Magdeburg, 6. Januar 1921
 Bezirks- und Ortsverein „Magdeburger“
 Bezirk Magdeburg
 der Maschinenf.vereinigungen
 Gau II der Saale.
 Graphischer Gesangsverein
 Magdeburg.

Richard Schneider

ein Opfer der letzten Kämpfe im Leben geworden ist. Sein Andenken wird von uns stets in Ehren gehalten werden.
 Bezirksverein Siedbergi. Sdt.

Richard Schneider

Nach langer Angewohnheit erhalten wir jetzt die Nachricht, daß unser lieber Kollege, der Maschinenf. 165

Richard Schneider

ein Opfer der letzten Kämpfe im Leben geworden ist. Sein Andenken wird von uns stets in Ehren gehalten werden.
 Bezirksverein Siedbergi. Sdt.

Richard Schneider

Bei Arbeitsmarkt sowie kleineren Angelegenheiten wollen Interessenten den Betrag gleich mit beifügen; bei Beträgen unter einer Mark Briefmarken, kein Geldbillet, Geschäftsstelle des „Korr.“

Volkswirtschaft

Die Bilanz unserer Lebenshaltung

Würden wir in einer vernünftigen Welt leben, in der jedes menschliche Geschöpf nur seinen natürlichen wie geistigen Kräften seine Pflicht erfüllt und erfüllen könnte, und nicht der größte Teil unserer Mitmenschen stets daran dächte, mit List, Trug oder Gewalt mehr von rechts als von links sich auf Kosten ehrlicher Mitmenschen von der Arbeit zu befreien, so wäre uns die Aufgabe erspart, an der Hand von trübsamen und doch schwerwiegenden Zahlen nachzuweisen, daß unsere Lebenshaltung immer tiefer sinkt. Aber leider sind die gegenwärtigen Verhältnisse so überpöhl von Gegenständen loslaster und daher auch wirtschaftlicher Natur, daß man an dem Glauben an einen Aufschwieg der menschlichen Kultur beinahe verzweifeln könnte. Woran das liegt und wie dem abzuwehren ist, soll an dieser Stelle und in diesem Zusammenhange vorläufig im einzelnen wie im ganzen nicht untersucht werden. Es handelt sich hier nur um die Bilanz unserer wirtschaftlichen Lebenshaltung. Sie zu leben, drängt uns nicht der an sich formelle Jahreswechsel, vielmehr die Tatsache, daß trotz aller ehrlichen und wohlüberlegten Bemühungen auf gewerkschaftlicher Grundlage, die Lebenshaltung zu heben und zu fördern, nur ein noch niederdrückenderes Dabinsbegleiten des größten Teiles unseres Volkes, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft und von dieser wieder für uns Buchdrucker, verhilft werden konnte.

Swar liegt man in den letzten Tagen wieder allenthalben Schleichendes in der gesamten bürgerlichen Presse über sogenannte Preisstürze im Ausland, und in den Interferenzplanlagen der großen Tagesblätter wimmelt es von zirkulanten Reklamemotivitäten, die von „staunenerregenden“ Preisenkungen zu orakeln wissen. Voller liegen aber die erhofften Wirkungen der ausländischen Preisstürze jenseits des unmittelbaren Abgrunds der deutschen Valuta, und die inländischen Preisenkungen betreffen entweder Gegenstände, deren Bedarf keine direkte Lebensnotwendigkeit darstellt, oder es handelt sich um Abzüge von Preisen, die bisher in der Hauptsache als Phantompreise für die Arbeiterschaft gelten mußten, weil sie von ihr unter realen Umständen niemals bezahlt werden konnten, und auch jetzt noch nach den sogenannten ganz bedeutenden Herabsetzungen nur aus entlagungsweiser Entfernung zur Kenntnis genommen werden müssen. Weil eben zum größten Teil nicht nur die letzten Sparpläne, sondern im vergangenen Jahre der famosen „bedrückten“ Wirtschaftserkennung, gepöbelt werden mußten, sondern auch das Lohn-einkommen trotz fast ununterbrochener Lohnbewegungen mit mehr oder weniger Erfolg immer weiter hinter dem zurückblieb, was zu einem halbwegs erträglichen Existenzminimum gebrä.

Sätten wir eine Gesellschaftsordnung, die in Wahrheit und Wirklichkeit auf das Wohl des gesamten Volkes eingestrichelt wäre, so wäre es gar nicht notwendig, solche Tatsachen erst beweisen zu müssen. Die einfachsten Angaben jeder Buchdruckerfrau könnten genügen, um allezeit in unserm Gewerbe glaubhaft zu machen, daß es so wie bisher nicht mehr weitergeben kann. Daß wir uns seit Jahren auf absteigender Linie bewegen, daß 80 bis 90 Proz. des Wochenlohns nur noch dazu ausreichen, Gewandtheit und Arbeitskräfte in nordärztlicher Weise aufrechtzuerhalten, daß Kleidung (Wäsche, Strümpfe, Schuhe usw.), Wohnungserhaltung usw. zum größten Teil nicht nur nicht verbessert und erneuert werden können, sondern von Woche zu Woche mehr in Verfall geraten, wo einst auch nur erträgliche Bekleidungsgegenstände der Hausaltungen heimlich war, häuften sich Risse, Lumpen und Gerumpel an, die in absehbarer Zeit auch noch die letzten Reste von Lebens- und Arbeitsfreude zerstören. Wo einst Hoffnung auf spätere bessere Tage, ist graues Elend eingezogen, und immer tieferer Groll gegenüber den gesamten Zuständen frißt sich in die Herzen von jung und alt, Vätern und Müttern vorzeitig die Haare bleichend und der aufwachsenden Jugend das Bewußtsein trostloser Zukunftsaussichten in die Herzen grabend. Das sind die Früchte der hinter uns liegenden Jahre im allgemeinen und der letzten Monate des vergangenen Jahres insbesondere. Und leider gibt es noch Menschen, die an der Wahrheit solcher Zustände zweifeln. In deren Schilderung und Schulolgerung erblicken sie „bestellte Arbeit“ und lehnen es gar ab, über eine mögliche Besserung der Lage der Arbeiterschaft auch nur in Verhandlungen zu treten.

Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit? Was die Zukunft bringen kann, wissen wir noch nicht, aber was uns die Vergangenheit belehrt hat bis zum heutigen Tage, das wissen und fühlen wir tagtäglich am eignen Leib. Und wie diese Bekehrung ausseht, das beweist für uns Buchdrucker ein Vergleich der vorjährigen Gestaltung der Lebenshaltungskosten mit der gleichzeitigen Entwicklung der tariflichen Entlohnung. Seit einigen Monaten werden im „Reichsarbeitsblatt“ die fortlaufenden Ergebnisse der amtlichen Feuerungsstatistik im ganzen Reich veröffentlicht. Diese erstreckt sich auf alle Orte mit über 10000 Einwohnern. Es sind dabei für den Verbrauch einer Fa-

mille von fünf Köpfen (drei Kinder im Alter von 12, 7 und 1¹/₂ Jahren), für vier Wochen berechnet, folgende Mengen angeführt worden: 47000 g Roggenbrot, 15000 g Nährmittel (Mehl, Teigwaren, Haferkleien, Graupen, Hülsenfrüchte, Reis u. dgl.), 70000 g Kartoffeln, 30000 g Gemüse, 3000 g Fleisch, 1500 g Speck, 4000 g Fett, 1500 g Salzheringe, 4000 g Brotlaualisch, 8000 g Mus- oder Kochsalz, 3500 g Zucker, 10 Stück Eier, 28 l Vollmilch, 20 Brennstoffen: 3 Str. Steinhohle oder 6 Str. Braunkohle oder 4 Str. Braunkohlenbriketts oder 6 Str. Torf oder 5 Str. Brennholz oder 40 cbm Kochgas. An Leuchtstoffen: 15 cbm Leuchtgas oder 5 Kilowattstunden Elektrizität oder 1000 g Kerzen oder 4000 g Staböl oder 7 l Petroleum. Endlich der monatliche Mietpreis für eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche. Im Nr. 8 des „Reichsarbeitsblattes“ vom 27. Dezember 1920 findet sich eine Zusammenstellung für 46 Gemeinden, wobei Wert darauf gelegt wurde, die Auswahl der besten Orte zu treffen, das möglichst alle Gebiete Deutschlands erfaßt wurden, und zwar Ost-, Mittel- und Kleinstädte, die teils vorwiegend industriellen, teils mehr landwirtschaftlichen Charakter tragen. Im Durchschnitt ergaben sich nun nach dieser Statistik für die Monate Februar bis November des Jahres 1920 nach entsprechender Umrechnung folgende Wohnensziffern in Mark als Kostenpunkt für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung (also ohne Kleider, Schuhe, Steuern usw.): Februar 150, März 172, April 194, Mai 213, Juni 204, Juli 199, August 188, September 185, Oktober 196 und November 220. Im Nr. 102 des „Korr.“ vom vergangenen Jahre haben wir versucht, gegenüber dem Reichsdurchschnitt der Calwerländer Inbeziffer einen Reichsdurchschnittslohn der Buchdrucker zu ermitteln, den wir in folgender Weise feststellten: Zieht man aus der tariflichen Lohnklasse C ohne Lokalschlag aber einschließl. Feuerungszulage und der Lohnklasse C mit dem Berliner Lokalschlag (einschließl. Feuerungszulage) den Durchschnittslohn einer Ziffer, die gegenüber dem Durchschnittslohn der Tarifamtsstatistik vom Dezember 1918 nur eine sehr minimale Differenz aufweist. Die von uns auf diese Weise ermittelte Durchschnittsziffer war für den Termin der Tarifamtsstatistik um einen geringen Betrag (4 Mk.) höher, kann also eher zu hoch als zu niedrig beurteilt werden. Wählen wir nun zum Vergleich mit der amtlichen Reichsdurchschnittsziffer den gleichen Modus, so erhalten wir für die in Frage kommenden zehn Monate des vergangenen Jahres folgendes Bild:

Im Jahre	Stoff- u. Ernähr.- u. Wohn.- einer 5köpfl. Familie nach d. amtlichen Reichsdurchschnitt im Reichsdurchschnitt		Tariflicher Lohn eines Buchdruckers nach Klasse C (ohne Lokalschlag) (einschließl. Feuerungszul.) im Reichsdurchschnitt		Bilanz des Buchdruckers — weniger + mehr
	wöchl.	monatl.	wöchl.	monatl.	
1920					
Januar	150	600	122	488	- 112
Februar	172	687	122	488	- 199
März	194	778	122	488	- 290
April	213	854	170	680	- 174
Mai	204	817	198	792	- 25
Juni	199	794	210	756	- 38
Juli	188	752	210	756	+ 16
August	185	740	210	756	+ 30
September	196	786	210	756	- 80
Oktober	220	878	225	810	- 68
November					
Dezember					
Zusammen	—	7686	—	6770	- 1116

* Von hier ab kommt der zehnprozentige Steuerabzug in Frage.

Innerhalb zehn Monaten ergab sich demnach im Reichsdurchschnitt als Differenz zwischen den Kosten für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung und dem tariflichen Durchschnittslohn für Buchdrucker nach Klasse C (über 24 Jahre) für letztere eine Mindereinnahme von 1116 Mark. Für Kleidung, Schuhe, Wäsche, Ernährung, Reparaturen oder Erneuerung von Hausaltungsgegenständen, für Versicherungsbeiträge, Fahrkosten, Literatur und sonstige Lebensbedürfnisse ist dabei noch kein einziger Pfennig in Ansatz gebracht. Das Defizit ist dadurch in Wirklichkeit um ein Vielfaches höher; wobei noch ganz außer Betracht gelassen ist, daß nicht das ganze Jahr 1920, sondern nur zehn Monate der Berechnung unterstellt sind. Nicht unbeachtlich kann ferner bleiben, daß sich dieses Defizit nicht etwa auf einer Reihe fester Jahre aufbaute, die irgendeinen größeren Überfluß für die Buchdrucker hinterlassen hätten. Das Gegenteil trifft zu. Denn die Kriegsjahre waren Raubjahre an den Lebenskräften der im Felde Stehenden wie der zu Hause Gebliebenen. Frauen und Kinder der Feldgrauen litten bittere Not, die Frauen und Kinder der übrigen in der Heimat nicht minder; denn die Buchdruckerlöhne der Kriegszeit kosteten fast jeder Bekleidung. So häuften sich ein Elendsjahr auf das andere und von Jahr zu Jahr wurde daher auch die Feuerungszulage und der Defizitwirtschaft in allen Buchdruckerfamilien unheimlicher. Das gilt es ins Auge zu fassen, wenn man die Last des vorjährigen Defizits in seiner vollen und traglichen Wucht abwägen will.

Wir hören schon die Interferenzen, die mit halber Geste darauf aufmerksam zu machen versuchen, daß

ja nicht jeder Buchdrucker verbeiratet und auch nicht jeder drei Kinder zu ernähren habe. Das dürfte gewiß nicht zu bestreiten sein. Aber trotzdem müchten wir darauf aufmerksam machen, daß die Grundlagen der Reichsstatistik auf den durchschnittlichen Bevölkerungsziffern aufgebaut sind. Daß wir ferner nur die Lohnklasse der über 24-jährigen Gehilfen in Ansatz gebracht haben, von denen wohl der größte Teil verbeiratet ist, das es ferner leider und nicht glücklicherweise Tatsache ist, daß die Buchdrucker mit Kindern ganz besonders „gelegen“ sind. Wie ist aber das Los der Ledigen? Wohl in den seltensten Fällen können sie ihren Lohn für sich allein verausgaben; notleidende Eltern, Schwestern, Brüder usw. sind mehr oder weniger auf ihre Unterstützung angewiesen. Und die wenigen „Glücklichen“, die allein auf weiler Stirn, auf sich selbst gestellt sind? Sie sind von fremden Diensten für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung abhängig; die Not der großen Masse des Volkes zwingt auch die privaten Kost- und Wohnungsgeber für Ledige zu „gelegenen“ Rechnungen, die den Ledigen am Lohne wie bei den notwendigen Ausgaben sich lassen, daß für sie die Möglichkeit der Gründung eines eignen Haushaltes immer geringer wird. Gehilfte Soldatinnen also auch hier in Fülle und Fülle. Dazu noch das fürchterliche Gelpen drohender Arbeitslosigkeit oder die unheimlichen wirtschaftlichen und sozialen Folgen überdauernder Arbeitslosigkeit noch in den Wochen und Gedanken. Es sind nichterne Bilder des Grauens und der Not, die hier aus der Bilanz unserer Lebenshaltung wie von selbst aufleuchten, die hinter den Kulissen des täglichen Lebens Herzen und Hirne der Männer und Frauen innerhalb der Arbeiterschaft ständlich peinigen und nicht mehr des Lebens froh werden lassen.

Das böse oder laue Gewissen mancher Aufhieser dieser traurigen Zustände wird ferner den Versuch riskieren, die reichsstatistischen Ziffern über die Kosten der Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung der Wirklichkeit gegenüber als zu hoch zu bezweifeln. Demgegenüber verweisen wir darauf, daß der bekannte Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, Dr. Kuczynski, diese von uns hier benutzte Reichsstatistik den besten einschlägigen Untersuchungen des Auslandes ebenbürtig zur Seite stellt. Überall wurde nur die billigste Normalration eingelegt. Es wurde dadurch die bei den großen britischen Reichsbedürfnissen von Angebot und Preislage gebotene Statistik erreicht, ohne daß dadurch die dringend erwünschte Interlokale, also allgemeine Vergleichbarkeit der betreffenden Feuerungsstatistiken gestiftet hätte. Dr. Kuczynski bezeichnet auch die angenommenen Normalrationen für die Ernährung wie für Heizung und Beleuchtung als viel zu niedrig, ebenso die zugrunde gelegten Mietpreise. Nach seiner und unser Auffassung ist es daher auch ganz falsch, die jeweiligen Summen der Reichsstatistik als „Existenzminimum“ anzusehen. Denn zum Existenzminimum gehört die Ernährung und Instandhaltung von Kleibern, Wäse und Schuhen, auch wenn die Menschen, die damit noch halbwegs versehen sind, sehr Neuanstellungen und Reparaturen aufsuchen. Es gehört dazu weiter der notwendige Aufwand für Selve, Küchengeld, Scheuerkräfte, Streichhölzer, Straßenbahnfahrten, Schulbedarf, Gewerkschaftsbeiträge, soziale Versicherung, Steuern usw. Deshalb genügt es auch nicht, wenn das statistische Reichsamt die Feuerungsstatistik nunmehr auf Bekleidungsgegenstände ausdehnen will. Nach den Schätzungen Dr. Kuczynskis entfallen nach Einführung des Steuerabzugs z. B. in Groß-Berlin nur zwei Drittel der Kosten des Existenzminimums auf Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung, ein volles Drittel aber auf alle sonstigen Ausgaben.

Unter solchen Voraussetzungen erbält die Bilanz unserer Lebenshaltung im vergangenen Jahre jedoch ein ganz anderes Bild, wenn man ihr das tatsächliche Existenzminimum zugrunde legt. Nehmen wir die Durchschnittsziffern der 46 Orte der Reichsstatistik als zwei Drittel des Existenzminimums an und stellen ihnen den schon angeführten Durchschnittslohn der Buchdrucker in den Monaten Februar bis November 1920 gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild:

1920	Existenzminimum nach den reichsstatistischen Erhebungen im Reichsdurchschnitt		Buchdruckerlohn im Reichsdurchschnitt nach Lohnklasse C (einschließl. Feuerungszulage)		Unterbilanz des Buchdruckers
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	
Februar	898	1347	488	756	410
März	1030	1545	488	756	542
April	1167	1750	488	756	679
Mai	1281	1921	680	1020	601
Juni	1226	1839	792	1188	434
Juli	1191	1786	756	1134	351
August	1128	1722	756	1134	288
September	1110	1710	840	1260	270
Oktober	1179	1818	840	1260	339
November	1317	1975	900	1350	417
Zusammen	11527	17190	7190	11331	4331

* Steuerabzug hier und später nicht berücksichtigt, weil im Existenzminimum inbezogen.

Nach vorstehender Zusammenstellung des Existenzminimums auf der Grundlage der amtlichen Reichsstatistik und des Buchdruckerlohns nach Tarifklasse C (über 24-jährige)

Im Reichsdurchschnitt während zehn Monaten des vergangenen Jahres ergab sich demnach für den Buchdrucker eine Mindereinnahme von 4331 Mh. oder 38 Proz. unter dem in Frage kommenden Existenzminimum. Nehmen wir aber nun daselbe Vergleichsverfahren nach der Calwerischen Indexziffer vor, die sich bekanntlich auf die Kosten der Ernährung einer vierköpfigen Familie (Reichsdurchschnitt: fünfköpfige) auf der Basis einer dreifachen Wochenration für einen Marinerosoldaten stützt und nach jahrelangen Bewährten und unverändert gebliebenen Erhebungen in rund 200 deutschen Orten aller Größen und Lagen monatlich festgestellt wird, so erhalten wir, wenn wir die ermittelten Ziffern der Ernährungsstellen gleichfalls nur als zwei Drittel des Existenzminimums gelten lassen und entsprechend um ein Drittel ergänzen, folgendes Bild für die bis jetzt vorliegenden und nur zu je vier Wochen berechneten Monate Januar bis November v. J. folgendes Bild:

1920	Calwerische Indexziffer (Reichsdurchschnitt)	Existenzminimum nach Calwer (Ernähung 1/2, Sonstiges 1/3)	Buchdruckerlohn in Klasse C (einschl. Teuerungszulage)	Interbilanz des Buchdruckers
	Mh.	Mh.	Mh.	Mh.
Januar	523	784	488	296
Februar	591	887	488	399
März	670	1005	488	517
April	759	1138	488	650
Mai	899	1347	680	867
Juni	929	1392	792	600
Juli	1010	1514	840*	674
August	1046	1568	840	728
September	1096	1643	840	803
Oktober	1329	1993	840	953
November	1428	2142	900	1142
Zusammen	—	15413	7684	7729

* Steuerabzug hier und später nicht berücksichtigt, weil im Existenzminimum einbegriffen.

Aus dieser Zusammenstellung, die auf einem wesentlich günstigeren und daher auch erträglicheren Existenzminimum aufgebaut ist, ergibt sich, daß der deutsche Buchdrucker mit seinem Einkommen durchschnittlich um über die Hälfte hinter dem Existenzminimum nach der Calwerischen Indexziffer zurückbleibt. Diese Verelendung wird um so deutlicher, wenn man sich vor Augen hält, daß im Jahre 1913 die nach vorstehendem Beispiel errechnete Calwerische Jahresindexziffer mit 2004 Mh. gegen 1727 Mh. als Jahreslohn eines Handlähers nach der berufsgenossenschaftlichen Statistik stand; also in einem Prozentverhältnis von 100 zu 49 im Jahre 1920, gegen ein solches von 100 zu 85 im Jahre 1913. Es haben sich demnach auf dieser Vergleichsbasis die Existenzverhältnisse der deutschen Buchdrucker um 36 Proz. verschlechtert.

Wer an diesen Verhältnissen nun doch noch Zweifel hegt, der möge sich die Mühe nehmen, an einer weiteren Statistik, und zwar für die Großstädte Berlin und Leipzig seine Vorkaufspolitik zu erproben. Der schon mehrfach erwähnte Direktor des Statistischen Amtes für Berlin-Schöneberg veröffentlicht schon seit Jahresfrist in seiner „Finanzpolitischen Korrespondenz“ sehr übersichtliche Zahlen bezüglich des wöchentlichen Existenzminimums für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und Sonstiges, und zwar für einen einzelnen Mann, ein Ehepaar und ein Ehepaar mit zwei Kindern. Da wir von jeder den Standpunkt vertreten, daß der Lohn eines erwachsenen Mannes im allgemeinen dazu ausreichen sollte, sich, seine Frau und mindestens zwei Kinder im natürlichen Selbsthaltungstrieb des Menschengeschlechts zu ernähren und kulturgemäß zu erkalten, so beurteilen wir auch die Höhe oder Zusammenlegung des entsprechenden Existenzminimums nach den diesbezüglichen Kosten für ein Ehepaar mit zwei Kindern, weshalb wir auch den entsprechenden Mann Dr. Kuczynski den Vorzug geben. Dieser kommt nun auf Grund seiner wissenschaftlich gut begründeten Statistik für die einzelnen Monate des vergangenen Jahres zu folgenden Summen als Kostenpunkt für das Existenzminimum einer vierköpfigen Familie in Groß-Berlin, denen wir gleichzeitlich die Löhne der verbeirateten Buchdrucker nach Tarifklasse C (einschließlich Teuerungszulage) gegenüberstellen; wobei jedoch zu beachten ist, daß die einzelnen Monate nur zu je vier Wochen berechnet sind, weshalb wir zum Ausgleich jedem Vierteljahr eine Durchschnittswoche für beide Posten (Existenzminimum und Buchdruckerlohn) zurechnen:

1920	Existenzminimum nach Dr. Kuczynski für eine vierköpfige Familie (vierfacher Wochenbeitrag) in Groß-Berlin	Tariflicher Lohn für verbeiratete Buchdrucker nach Tarifklasse C (einschließlich Teuerungszulage); (vierfache Wochenrechnung) in Groß-Berlin	Interbilanz der Berliner Buchdrucker
	Mh.	Mh.	Mh.
Januar	880	600	280
Februar	1016	600	416
März	1288	600	688
April	265*	150*	115*
Mai	1500	600	900
Juni	1460	600	860
Juli	1216	940	376
August	348*	178*	170*
September	1296	1000	296
Oktober	1232	1000	232
November	1196	1000	196
December	310*	250*	80*
Januar	1272	1000	272
Februar	1264	1080	184
März	1320	1080	240
April	318*	264*	54*
Zusammen	16183	10942	5241

* Ausgleichswochen für die Jahresbilanz.
* Steuerabzug hier und später nicht berücksichtigt, weil im Existenzminimum einbegriffen.

Eine nähere Betrachtung dieser statistischen Beleuchtung Berliner Existenz- und Lohnverhältnisse bestätigt alle vorhergehenden Ergebnisse unserer Bilanz der Lebenshaltung im Reichsdurchschnitt für die Buchdrucker in drastischer

Weise. Ob wir nun die amtliche Reichsdurchschnitt, die Calwerische Indexziffer oder das Existenzminimum nach Dr. Kuczynski als Ausgangspunkt nehmen: aus allen Richtungen ergibt sich eine geradezu unheimliche Weltwirtschaft auf Kosten der persönlichen und sachlichen Lebensbedürfnisse. Wohl wird man auf Unternehmensebene auch gegen diese Ziffern wieder einwenden, daß ihnen bezüglich der Entlohnung nur eine der untersten tariflichen Lohnklassen in Rechnung gestellt sei, und daß besonders in Berlin die Bezahlung der Buchdruckergehilfen fast durchweg über Tarif üblich sei. Den ersten Einwand weisen wir formell mit dem Hinweis zurück, daß wir die hauptsächlichste oberste Tarifklasse, Klasse C, und innerhalb dieser noch jene der Verbeirateten, also unter Zurückstellung der Ledigen gleichen Alters, gewählt haben. Und dem zweiten Einwande möchten wir mit aller Deutlichkeit die Tatsache gegenüberstellen, daß besonders bei den verheirateten ledigen Forderungen der Gehilfenschaft auf Erhöhung der tariflichen Grundlöhne gerade die Berliner Buchdruckerelbhaber schärfsten Widerstand zeigten und mit allen nur erdenklichen Anstrengungen jede Erhöhung der tariflichen Positionen zu verhindern suchten. Sie bewielen damit selbst, daß ihnen die niedrigen tariflichen Löhne (einschließlich Teuerungszulagen) zu hoch scheinen; dadurch verliert jeder Hinweis auf Höherentlohn keine maßgebende Berechtigung. Im gegenteiligen Falle wäre jeder Protest gegen eine Erhöhung der tariflichen Lohnsätze nur sinnlose Epigetelektie. Und man wird es daher als traurige Tatsache beurteilen müssen, daß auch der verbeiratete Berliner Buchdrucker durchschnittlich mit seinem Einkommen um nahezu ein volles Drittel unter dem Existenzminimum im vergangenen Jahre geblieben ist. Gesundheit der Arbeitskraft, Lebens- und Arbeitsfreudigkeit der Familienväter sind dementsprechend gesunken, was sich naturgemäß auch in den Familien forsetzt und letzten Endes die Lust und Liebe zur Arbeit mehr und mehr zerstört, statt anspornt. So arbeitet die „bewährte Wirtschaftsordnung“ an ihrem Aufbaue!

Nicht anders ist es in Leipzig, ja beinahe noch schlimmer. Denn hier wird nicht selten die immer drückender werdende wirtschaftliche Lage noch durch alteneigene Scharfmachereien und leerenlose Arbeitsweisen in vielen Betrieben mit allen nur erdenklichen Schikanen noch mehr vergiftet, statt gemildert. Und die mangelnde Strömungen, die von jeder die Leipziger Gehilfenschaft durchfluten und sich mehr und mehr zuspitzen, sind letzten Endes nichts anderes als Früchte freudloser Arbeitsverhältnisse, die der beruflichen Arbeitsfreudigkeit immer größere Schwierigkeiten in den Weg legen, weil jeder einzelne mehr und mehr zur beliebigen Nummer herabgedrückt und nur noch nach Arbeitshalorien laut Schema F des Druckereifaktors kalkuliert und eingeschätzt wird. Wenn dann neben solch unerquicklichen sozialen Zuständen noch besonders schwere wirtschaftliche Vorkälle auf die Schultern der Arbeiter gelegt sind, dann wird das traurige Bild der Bilanz unserer Lebenshaltung nur noch mehr verdüstert. Und auch hier beweist die Statistik mehr als genug. Auffallenderweise ist gerade die große Druckstadt Leipzig unter den 46 Orten des amtlichen Eidienstes für die reichsdurchschnittliche Erfassung der Teuerungsziffern nicht vertreten; woran das liegt, wissen wir nicht. Doch bietet uns auch hier eine amtliche Statistik, die vom Statistischen Amte der Stadt Leipzig unter der Leitung des Herrn Dr. Lübbert seit März v. J. in beinahe völliger Übereinstimmung mit der Reichsdurchschnitt durchgeführt und monatlich veröffentlicht wird, eine zuverlässige Grundlage. Wir entnehmen wir folgende Monatsziffern für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung mit insgesamt 2/3, für Genußmittel, Körperpflege (ohne Neuananschaffung), Erlass an Wirtschaftsgegenständen, Verkehr, Kultur, Unterhaltungszwecke, Ausgaben usw. mit 1/3 der Gesamtsumme und stellen ihnen zum Vergleich ebenfalls das jeweilige Lohninkommen eines verbeirateten Buchdruckers nach Lohnklasse C des Buchdruckerartikels (einschließlich Teuerungszulagen) in Bierwochenperioden und beiderseitiger Einschaltung von Quartalsergänzungswochen gegenüber, und zwar für die Monate März bis Dezember 1920:

1920	Existenzminimum nach Dr. Lübbert für Leipzig in Bierwochenperioden nebst Quartalsergänzung für eine fünfköpfige Familie	Buchdruckerlohn nach Tarifklasse C für Verbeiratete in Leipzig (beil. 20 Proz. Sozialzulagen) in Bierwochenperioden nebst Quartalsergänzung	Interbilanz der Buchdrucker
	Mh.	Mh.	Mh.
März	1048	552	496
April	1048	552	496
Mai	1333	552	781
Juni	1300	868	432
Juli	307*	217*	90*
August	1228	932**	296
September	1247	932	315
Oktober	1262	932	330
November	311*	233*	78*
December	1317	932	385
Januar	1415	1012	403
Februar	1427	1012	415
März	346*	253*	89*
Zusammen	12625	8276	4349

* Ausgleichswochen für Quartalsergänzung.
* Steuerabzug hier und später nicht berücksichtigt, weil im Existenzminimum einbegriffen.

Also auch für Leipzig ergibt sich für eine Buchdruckerfamilie ein monatliches Defizit von durchschnittlich weit über 400 Mh. wie in Berlin. Der Unterschied der Familienkopfabgaben zwischen der Berliner und der Leipziger Existenzminimumberechnung gleicht sich dadurch aus, daß die Normalkationen für Ernährung von Dr. Kuczynski (Berlin) besser sind als jene der Leipziger Statistik, die sich nach dieser Richtung auf dem sehr beherrschenden Niveau der Reichsdurchschnitt aufbaut. Auch hier häuft sich Monat für

Monat eine schwerere Last auf die Buchdrucker und zehrt die letzten physischen und psychischen Reste des Ertragens und der Gesundheit auf.

Es würde uns nicht schwer fallen, an weiteren Beispielen aus anderen Städten die gleichen statistischen Dokumente forschreitender Verelendung nachzuweisen. Was die Reichsdurchschnitt im allgemeinen ergeben hat, wirkt für die Buchdrucker im besondern schwer, weil sie in ihrer übergroßen Mehrheit von Berufs wegen an die industriellen und daher besonders teuren Industriezentren gebunden sind. Da wir schon an verschiedenen Stellen der vorliegenden Untersuchung der Bilanz unserer Lebenshaltung die nötigen Randbemerkungen über die soziale und wirtschaftliche Wirkung der gegebenen Verhältnisse eingeflochten haben, können wir uns eine noch tiefergehende Schlussbetrachtung ersparen. Wir werden es selbstverständlich an noch konkreteren Darlegungen der Ursachen und Wirkungen dieser Zustände auch in Zukunft nicht fehlen lassen. Für heute mag es jedoch genügen, festgestellt zu haben, was ist. Für Männer, die es ehrlich mit dem deutschen Buchdruckergewerbe und seinen schaffenden Kräften meinen, kann es nicht schwer fallen, die erforderlichen Schlussfolgerungen aus diesen Tatsachen zu ziehen, und zwar ehe es zu spät ist!

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Maschinenmeister.) Die Versammlung vom 16. Dezember war gut besucht und durch den Vortrag des Ingenieurs Herrn Fuhrmann (Leipzig) über den Kolarapparat besonders interessant. Des weiteren fand eine rege Aussprache über den abgeänderten Tarif statt, durch den wir einen Schritt vorwärts gekommen sind. Mit Freude können wir endlich Beförderung auf dem Arbeitsmarkt verzeichnen; gegen 334 im Vormonate haben wir ja immerhin noch 242 arbeitslose Drucker. Wie alljährlich wurden unter Involviden und kranken sowie arbeitslosen Kollegen mit einer kleinen Weihnachtsbeihilfe bedacht.

L. Offen. Hier wurde am 25. November die Gründung einer Lehrlingsabteilung vorgenommen. In kurzen einleitenden Worten begrüßte Kollege Leser die anwesenden Lehrlinge und machte sie mit dem Zweck und Ziel der Lehrlingsorganisation vertraut. Unser Bezirksvorstehender Groskopf erzählte in kurzem Vortrag über die organisatorischen Bestrebungen aus alter und neuer Zeit. Mit Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer den interessanten und belehrenden Ausführungen. Nachdem die Wahl des Vorstandes vollzogen wurde, beschlossen, monatlich zweimal zusammenzukommen, und zwar soll einmal der technische und das andere Mal der organisatorische Teil behandelt werden. Die weiteren Verhandlungen zeigten großes Interesse der erkrankten Jungbuchdrucker. Dem ersten Teile folgte ein Lichtbildervortrag: Wilhelm Buch, Pilsch und Plum. Durch den Zusammenbruch der Lehrlinge war es möglich, einen Überblick über die Arbeitsverhältnisse und die Bezahlung zu bekommen. In den meisten Fällen war es dem Obmann, Kollegen Leser, möglich, den vorgebrachten Mißständen mit Erfolg zu Leibe zu gehen. Am Januar 1921 soll an Stelle der terminlosen Zusammenkünfte ein festes Arbeitsprogramm treten. Geplant ist ein Stützpunktkursus mit praktischen Erläuterungen eingelegt werden. — Mit Ende 1920 hat sich hier ein Jugendkartell gebildet, dem sämtliche freigewerkschaftliche Jugendorganisationen und ein Teil der politischen Jugendvereine angeschlossen sind. Die Hauptaufgaben des Jugendkartells bestehen in der Förderung des Jugendschutzes auf gewerkschaftlichem und kulturellem Gebiet, die Schaffung von Jugendheimen und in der Abhaltung von wissenschaftlichen Vorträgen und schöngeistigen Abenden ausschließlich für Jugendliche. Durch den Anschluß unserer Jugendabteilung an das Kartell ist uns die Möglichkeit gegeben, den Unterrichtsplan ausschließlich für unsere Beruf anzuschneiden.

Samburg. (Maschinenmeister.) Vierteljahrberichtet. Die Oktoberversammlung gestaltete sich zu einem technischen Diskussionsabend, der eine rege Aussprache zeitigte. Die Rauchsche Broschüre wurde einer Besprechung unterzogen und scharf beurteilt. Zu dem Illustrationsdruckkursus haben sich über 100 Teilnehmer gemeldet, die sich auf drei Firmen verteilen. Er wird theoretisch und praktisch durchgeführt. Als besonders beachtenswert ist es zu bezeichnen, daß von 96 arbeitslosen Druckern nur sechs Kollegen es für nötig halten, an dem Kursus teilzunehmen, obwohl sehr viel junge Kollegen es bitter notwendig hätten. Über Umgebung des Arbeitsnachweises lagen mehrere Beschwerden vor. — Am 13. November fand eine gutbesuchte Versammlung statt, die sich mit dem Zirkular der Zentralkommission beschäftigte. Scharf kritisiert wurde die Ausgabe neuer Mitgliedsbücher, ein Statut als Beilage der alten Bücher hätte daselbe getan. Der Wellererband von Druckerschriften durch den Streikvorwurf wurde als unmissverständlich abgelehnt. Die Abhaltung einer Weihnachtsfeier wurde in Betracht der Teuerung abgelehnt. Kollege Bauer sprach über „Zeitgemäße Zurückhaltung“, dem sich eine rege Aussprache anschloß. — Am 11. Dezember wurde der Bericht der Vorbereitendenkonferenz gegeben. Es wurde eine neue Einteilung getroffen, der Beitrag auf 20 Pf. erhöht und die Fortbildungsbefreiungen eingehend besprochen. Die Versammlung stellte die Kandidaten zur Vorstandswahl auf. Beschlossen wurde, den erwerbslosen Druckern eine Weihnachtsgabe von 10 Mh. zukommen zu lassen. Inter „Tariflichem“ wurden die Druckerbestimmungen diskutiert und das Verhalten der Experten scharf beurteilt. Man erwartet für die Zukunft, daß von Norddeutschland ein Experte hinzugezogen wird.